

Eingezwängt zwischen der Schweiz und Österreich liegt der Alpenstaat Liechtenstein. Das Fürstentum hat 37.000 Einwohner und ist gerade einmal halb so groß wie Bremen. Dennoch hatte Liechtenstein mit seiner Hauptstadt Vaduz lange Zeit eine große Bedeutung: als Steueroase. Der Finanzplatz mit seinen Stiftungen war auch bei deutschen Steuerbetrüglern ein beliebter Zufluchtsort. Das ist Vergangenheit, sagt Regierungschef Adrian Hasler beim Interview im Journalistenclub des Axel-Springer-Verlags in Berlin. Schwerer fällt ihm die Antwort auf die Frage, für was Liechtenstein heute steht.

VON OLAF GERSEMANN
UND KARSTEN SEIBEL

WELT AM SONNTAG: Herr Hasler, viele Menschen verbinden Liechtenstein immer noch mit Schwarzgeld. Hat das Land mittlerweile ein alternatives Geschäftsmodell?

ADRIAN HASLER: Es ist falsch, Liechtenstein nur als Finanzplatz zu sehen. Rund 40 Prozent der Wirtschaftsleistung kommen aus der Industrie und dem produzierenden Gewerbe. Bei uns sind viele erfolgreiche und weltweit tätige Unternehmen zu Hause, wie beispielsweise Hilti.

Die einst mächtige Finanzindustrie verliert aber weiter an Bedeutung.

Auch der Finanzplatz hat eine Zukunft. Liechtensteinische Banken verwalten heute mehr Vermögen als vor der Finanzkrise 2008. Unsere Finanzdienstleister bieten unverändert hohe Beratungsqualität. Das gilt insbesondere für komplexe steuerliche Fragestellungen oder wenn es darum geht, die Nachfolgeplanung zu regeln. Kunden wissen dies zu schätzen. Die Zahl der Kunden ist gesunken, aber wer heute kommt, verlangt umfangreichere Leistungen, und dies führt zu höheren Einnahmen.

Liechtenstein als Tummelplatz der Superreichen?

Liechtenstein will am Segment der Menschen mit überdurchschnittlich großen Vermögen teilhaben und mit diesem Segment Geld verdienen. Das Problem ist nur, dass dies alle Finanzplätze wollen.

Welchen konkreten Vorteil hat Vaduz beispielsweise gegenüber Frankfurt?

Warum kauft jemand ein deutsches und kein amerikanisches Auto? Es geht um persönliche Präferenzen. Letztlich ist es ein offener Wettstreit. Unsere Finanzdienstleister verfügen über langjährige Erfahrungen und haben das Know-how in der Betreuung internationaler Kunden und im internationalen Steuerrecht.

Also doch wieder das Steuerthema.

Bei uns hat der Schutz der Privatsphäre weiterhin einen hohen Wert. Das heißt aber nicht, dass wir Steuerhinterziehung fördern. Ganz im Gegenteil. In den vergangenen Jahren hat Liechtenstein den Beweis erbracht, dass wir den Weg in Richtung Steuerkooperation konsequent gehen. Wir haben mit der Europäischen Union das Abkommen zum automatischen Informationsaustausch abgeschlossen. Wir gehören sogar zu jenen Ländern, die bereits im Herbst 2017 erstmals Kundendaten austauschen. Viele andere Länder folgen erst ein Jahr später.

Wie viele Bankkunden werden Sie dadurch verlieren?

Ich arbeite nicht für eine Bank, aber ich kann sagen, dass Liechtensteins Finanzdienstleister in den zurückliegenden Jahren mit ihren Kunden gesprochen und ihnen geraten haben, sich gegenüber dem Finanzamt zu offenbaren. Natürlich ist dadurch Kundenvermögen abgefließen, aber es kam auch neues hinzu, wie der Höchststand beim betreuten Vermögen zeigt. Heute kann ich sagen: Steuerhinterziehung ist in Liechtenstein Vergangenheit.

Was bringt ein automatischer Informationsaustausch, wenn nicht jedes Land mitmacht? Ausgerechnet die

Vereinigten Staaten weigern sich, Daten zu liefern.

Die Tendenz zu Sonderregeln ist fatal. Wir haben uns immer für einen globalen Standard ausgesprochen. Dass ausgerechnet die Vereinigten Staaten bei dem automatischen Informationsaustausch nicht mitmachen, ist unschön. Aber was will Liechtenstein gegen Amerika ausrichten, wenn nicht einmal die Europäische Union dazu in der Lage ist?

Beim Steuerdumping internationaler Großkonzerne spielen Stiftungen in Liechtenstein immer noch eine wichtige Rolle, oder?

Nein. In der aktuellen Diskussion um diese Großkonzerne spielt Liechtenstein keine relevante Rolle. Wenn aber Stiftungen genutzt werden, um Steuerschlupflöcher zu nutzen, sehe ich darin kein Problem, solange es legal ist.

Es ist also in Ordnung, dass der Möbelriese Ikea dank eines Geflechts aus niederländischen und liechtensteinischen Stiftungen seine Steuerschuld in Richtung Nulllinie drückte?

Bei dem Ikea-Fall liegt das Problem nicht in Liechtenstein. Wir haben niedrige Steuern, aber wir bieten keine Konstrukte an, durch die Konzerne überhaupt keine Steuern zahlen müssen.

Bei Einnahmen aus Markenrechten und anderem geistigen Eigentum berechnet Liechtenstein eine Steuer von 2,5 Prozent. Das ist doch so gut wie null, oder?

Sie sprechen die sogenannten IP-Boxen an. Wir haben aktuell eine Gesetzesvorlage im Parlament, durch die dieses Modell in Liechtenstein abgeschafft wird ...

... was ganz schön peinlich für Ihr Land ist. Das Modell war erst 2011 eingeführt worden. Damals feierte Liechtenstein es als Geschäftsmodell der Zukunft.

Viele Staaten haben diese IP-Box eingeführt. Es geht darum, den Bereich Forschung und Entwicklung zu fördern, indem steuerliche Anreize geschaffen werden. Es ist richtig, dass die Vorgängerregierung diese Box eingeführt hat, um Firmen aus dem Ausland anzuziehen. Nun hat die OECD Standards vorgegeben und das Instrument sehr eingeschränkt. Das heißt für uns, dass wir unser Steuergesetz anpassen.

Was halten Sie von dem Grundsatz, dass Unternehmen künftig dort Gewinn versteuern müssen, wo sie tatsächlich anfallen – und nicht in Niedrigsteuerländern wie Liechtenstein?

Den ersten Teil des Satzes kann ich so unterschreiben. Wir unterstützen die Arbeit der OECD zur Bekämpfung von Steuervermeidungspraktiken von Unternehmen. Allerdings ist für uns wichtig, dass es gleich lange Spieße gibt für alle. Zudem möchte ich feststellen, dass auch wir weltweit tätige Unternehmen haben, die in Liechtenstein Arbeitsplätze bieten. Für Steuerkonstruktionen wie die der Googles dieser Welt haben wir in Liechtenstein aber keinen Platz.

Sie nehmen es einfach so hin, dass Liechtensteins Stiftungen künftig noch weniger gefragt sein werden?

Stiftungen bleiben gefragt. Nehmen Sie beispielsweise das Thema Nachfolgeregelung. Für Mittelständler, die sicherstellen wollen, dass das Unternehmen nach ihrem Tod fortbesteht und nicht unter dem Streit der Erben auseinanderbricht, sind und bleiben Stiftungen eine ideale Lösung.

Klingt nach Zweckoptimismus.

Ich plädiere nur für eine differenzierte Betrachtung. Das Geschäftsmodell, bei dem Privatpersonen ihr Vermögen mittels Stiftungen vor dem Finanzamt verstecken, gehört fraglos der Vergangenheit an. Solche 08/15-Stiftungen sind nicht mehr gefragt. Aber es gibt eben auch Bereiche, bei denen Stiftungen weiterhin sinnvoll sein können.

Müssen Sie sich nicht darauf einstellen, dass Stiftungen in fünf oder zehn Jahren ganz verboten werden? Wieso sollte das passieren?

Weil stets der Verdacht der Verschleierung mitschwingt. Noch ist das Gefühl verbreitet, dass es eine reiche



Adrian Hasler
Regierungschef

Seit März 2013 ist Adrian Hasler Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein. Nach seinem Betriebswirtschaftsstudium in St. Gallen arbeitete der 52-Jährige unter anderem in führender Position bei der VP Bank in Vaduz. Neun Jahre lang war er Chef der Landespolizei.

„Kein Platz für die GOOGLES“

Liechtensteins Regierungschef Adrian Hasler über Steuerkonstruktionen globaler Konzerne, den Wettbewerb um Superreiche und die Haltung seines Kleinstaates gegenüber Brüssel



Hauptstadt Vaduz: Eine EU-Mitgliedschaft „würde unsere Möglichkeiten übersteigen“, sagt Adrian Hasler

Schicht gibt, die Geld vor dem Fiskus versteckt, in unbekannter Höhe.

Es ist legitimes Interesse eines jeden Staates, dass er zu seinem Geld kommt. Auch bei Stiftungen werden die Daten in Zukunft an das Heimatland des wirtschaftlich Begünstigten gemeldet. Aber ich bin dagegen, deshalb jegliche Privatsphäre aufzugeben.

Für Sie gilt in Steuerfragen weiterhin: Alles, was legal ist, ist auch legitim?

Ich bin dafür, dass sich alle an die Gesetze halten. Aber wenn ausschließlich mit Ethik und Moral argumentiert wird, habe ich ein Problem. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Auf vielen deutschen Autobahnen ist es erlaubt, mit Tempo 200 zu fahren. Moralisch mag dies schwer zu vertreten sein, schließlich werden dadurch andere Autofahrer gefährdet. Doch solange der Gesetzgeber nicht einschreitet, bleibt es jedem überlassen, wie schnell er fährt.

Liechtenstein will also weiterhin 200 auf der Autobahn fahren.

Ich will nur ein anschauliches Beispiel bringen. Es gibt einen Gesetzgeber, der macht Gesetze. Wenn er Anpassungen vornehmen will, muss er sie vornehmen. Politiker sollten nicht ständig mit Moralvorstellungen argumentieren.

Mit Großbritannien könnte Ihnen bald ein Liechtenstein hoch zehn Konkurrenz machen: starker Finanzplatz, niedrige Steuern und Nicht-EU-Mitglied. Welche Forderungen haben Sie an die Gespräche zwischen der EU und Großbritannien?

Wir sind lediglich Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums EWR, da können wir keine Forderungen stellen. Wichtig ist uns nur, dass jeder gleich behandelt wird. Das ist auch im Interesse der EU selbst. Wenn die EU weitere Austritte verhindern will, kann das Signal nicht sein, dass es nach einem entsprechenden Votum eine Sonderbehandlung gibt.

Welche Signale vernennen Sie aktuell aus Berlin oder Paris?

Ich weiß genau, wie groß Liechtenstein ist. Unsere Zukunft wird bei den anstehenden Gesprächen höchstens eine untergeordnete Rolle spielen.

Wird Liechtenstein irgendwann die EU-Mitgliedschaft anstreben?

Wir haben uns Gedanken über unsere Integration in Europa gemacht, sind aber überzeugt, dass der Aufwand für ein Land wie Liechtenstein mit gerade 37.000 Einwohnern viel zu groß wäre.

Sie scheuen das Bürokratiemonster Brüssel?

Ja, wir scheuen den Bürokratieaufwand, der durch eine EU-Mitgliedschaft entstehen würde. Wir müssten an vielen Sitzungen teilnehmen, Posten in Brüssel besetzen. Das alles würde unsere Möglichkeiten übersteigen. Als EWR-Mitglied haben wir einen dynamischen Vertrag, wir übernehmen EU-Recht, ohne dass wir jedes Thema einzeln verhandeln müssen. Dieser Pragmatismus in der Verwaltung hilft uns sehr. Der Nachteil ist, dass wir nicht mitbestimmen können. Doch dafür haben wir den Marktzugang, das ist entscheidend.

Ist Liechtenstein für diese Form der Eigenständigkeit in der globalisierten Welt auf Dauer nicht zu klein?

Liechtenstein ist heute sehr gut in der Lage, sich zu behaupten, und wird dies auch in der Zukunft sein. Wir haben eine liberale Wirtschaftsordnung, die Menschen sind bereit, Risiken einzugehen, und der unternehmerische Geist ist weitverbreitet. Nur ein kleines Beispiel: Auf neun Einwohner kommt bei uns ein tätiges Unternehmen.

Aber wie genau Liechtensteins Geschäftskonzept der Zukunft aussieht, ist immer noch nicht klar.

Das „Geschäftsmodell Liechtenstein“ gibt es nicht. Wir sind ein erfolgreicher Kleinstaat mit einer breit diversifizierten Wirtschaft. Es ist nicht hilfreich, wenn die Politik zu sehr in die Wirtschaft eingreift und Konzepte vorgibt. Statt ständig lenken zu wollen, sollte die Politik sich darauf konzentrieren, optimale Rahmenbedingungen zu schaffen.